

Ich bitte jetzt die Abgeordnete Fischer von der PDS, das Wort zur Anfrage zu nehmen.

Frau Dr. Fischer für die Fraktion der PDS:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sicher werden Sie sich fragen, warum jetzt auch noch eine Große Anfrage an den Ministerrat zu Fragen der Entwicklungszusammenarbeit sein muß. Ich bin überzeugt davon, daß Ihr Interesse für die globalen Probleme, die Unterentwicklung, die Not der Dritten Welt, sehr groß ist. Sind es nur die anstehenden deutsch-deutschen Schwierigkeiten, die uns bisher abgehalten haben, akute Fragen der Entwicklungsländer in der Volkskammer grundsätzlich zu behandeln?

Meine Fraktion geht davon aus, daß diese Probleme nicht schlechthin vergessen wurden. Möglicherweise werden sie unterschätzt, mitunter in unverantwortlicher Weise geringgeschätzt.

„Es ist viel später, als ihr euch vorstellen könnt.“ - Das ist ein Zitat. - „Wir sind nicht nur für das verantwortlich, was wir tun, sondern auch für das, was wir widerstandslos hinnehmen.“

Ich denke noch immer betroffen an die Worte eines Abgeordneten dieser Kammer, der bei der Diskussion über den Vertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sagte: „Dieser Vertrag hat nun wirklich nichts mit der Dritten Welt und den Juden zu tun.“

Ich gehe davon aus, daß Sie meine Betroffenheit teilen. Wir können es wenden, wie wir wollen: Auch wir leben auf Kosten dieser Dritten Welt, nach der Vereinigung mehr denn je. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen das beweisen.

Auch der zweite Staatsvertrag enthält im eigentlichen Vertragstext keinerlei konkrete Aussagen über die zukünftige Gestaltung der Beziehungen eines vereinten Deutschlands zu den Ländern der Dritten Welt. Einziger Bezugspunkt ist in der Anlage 1 Kapitel 17 fixiert, die Inkraftsetzung des Entwicklungshelfergesetzes der BRD, in dem meines Erachtens wichtige Dinge, wie zum Beispiel der Kündigungsschutz, fehlen.

Der Ministerpräsident der DDR, Herr Lothar de Maizière, hat in seiner Regierungserklärung sehr treffende Worte gefunden, indem er sagte:

„Die Befreiung Nelson Mandelas und die Aufhebung der Apartheid“ - damit ist sie ja nicht abgeschafft - „in Südafrika, das Schicksal der tropischen Regenwälder und die Hilfe für die Dritte Welt bewegen uns, wie unsere eigenen Probleme, ja nicht nur wie, es sind unsere Probleme.“

Meine Fraktion und mich persönlich bewegen diese vom Ministerpräsidenten angesprochenen Fragen um so mehr, als nicht sichtbar ist, was von der Regierung der DDR und dem Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit an eigenen konzeptionellen Ansätzen für eine neue Entwicklungspolitik im Zuge der deutschen Einheit eingebracht wurde. Die verabschiedeten allgemeinen Grundlinien der Entwicklungspolitik der DDR wurden unseres Erachtens Inhalt und Geist der Regierungserklärung in keiner Weise gerecht, obwohl wir sie begrüßen.

Sollte ich andere, weiterreichende konzeptionelle Überlegungen nicht kennen, wäre ich sehr erfreut, diese kennenzulernen. Dabei geht es meiner Fraktion vor allem um praktische Schritte, die gewährleisten, daß wir an der Schwelle des Jahres 2000 nicht wieder eine niederschmetternde Bilanz in puncto Entwicklungszusammenarbeit ziehen müssen, besonders auch im Hinblick auf die Lage der am wenigsten entwickelten Länder dieser Erde. Wir sitzen auf einer Zeitbombe, die es zu entschärfen gilt. Darin stimmen wir Minister Ebeling voll und ganz zu. Aus aktuellem Anlaß fragt sich unsere Fraktion jedoch, was getan wurde, um sie tatsächlich zu entschärfen, wie weit die Kompetenz des Ministeriums Ebeling geht und geht. Minister Ebeling hat erklärt - mehrfach -, daß ein völliger Schuldenerlaß für die 41 ärmsten Länder der Welt seitens der DDR erfolgen wird,

und zwar auf der zu Ende gegangenen Pariser Konferenz der LDC-Staaten.

Bedauerlich, daß Herr Waigel seine Zustimmung dazu verweigert hat und überhaupt eine Aufstockung der deutschen Entwicklungshilfe in Zukunft ablehnt. Das löst sicherlich nicht nur bei mir als Kinderärztin großes Bedauern aus; denn ich gehe davon aus, daß auch Herr Waigel weiß, daß mehr als eine Viertelmillion kleiner Kinder noch immer jede Woche auf Grund zu verhindernder Krankheiten und Unterentwicklung stirbt.

Ich frage auch als Kinderarzt und Mutter von drei Kindern: Wo bleibt die Lobby für die Kinder? Ich will Sie nicht weiter mit Zahlen erschrecken, obwohl das hier durchaus angebracht wäre, Frau Glase könnte mich da sicher weiter unterstützen; denn es geht uns darum, gemeinsam zu verhindern, daß die Welt durch die genannte Zeitbombe in eine Katastrophe hineingerissen wird. Es ist vielleicht ganz gut, heute daran zu erinnern.

Welche Vorstellungen hat nun die PDS-Fraktion von einer zukünftigen Entwicklungspolitik? Bereits am 27.6. brachten die Abgeordneten der PDS im Ausschuß für Wirtschaftliche Zusammenarbeit ein Papier zur Problematik „Der KSZE-Prozeß und Probleme der unterentwickelten Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas“ ein. Es wurde bis dahin nur mangelhaft diskutiert und aus Zeitgründen wiederholt von der Tagesordnung genommen. Auch das Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit zeigte nach Erhalt keinerlei Reaktion.

Ich möchte nur zwei Vorschläge daraus nennen:

1. Die KSZE-Staaten - und natürlich das vereinte Deutschland - verpflichten sich vertraglich - Deutschland könnte da wirklich eine Vorreiterrolle spielen - zur Reduzierung ihres Verteidigungshaushaltes zugunsten der Dritten Welt. Ich weiß, daß Konversion teuer ist. Deswegen habe ich hier nicht Konversion genannt.

2. Kapital- und Technologietransfer in die unterentwickelten Staaten müssen sozial und ökologisch verträglich erfolgen und ermöglichen, den Entwicklungsrückstand durch eigene Anstrengungen zu verringern.

Ich könnte mir - und ich weiß, daß andere Abgeordnete diesen Vorschlag unterstützen würden - vorstellen, daß diese Bemühungen in einer europäischen Konvention gipfeln könnten, die rechtzeitig verhindert, daß Verträge abgeschlossen werden, die dem genannten Prinzip widersprechen.

Wir schlagen weiter vor, dazu eine gemeinsame Initiative der Regierung der DDR und der BRD wie auch der Nichtregierungsorganisationen mit Blick auf den nächsten KSZE-Gipfel zu ergreifen. Die KSZE-Staaten würden damit in Übereinstimmung mit der Schlußakte von Helsinki handeln und ihrer Verantwortung für die Überwindung von Unterentwicklung in Asien, Afrika und Lateinamerika gerecht werden.

Ich hätte noch sehr viel weitere Fragen, z. B. wie abgesichert werden könnte, daß die sieben wichtigsten Entwicklungshilfeprojekte, die in der Regierungserklärung genannt sind, weitergeführt werden und wie tatsächlich deren Zukunft aussieht. Auch das Treffen in Konstanz zwischen den Vertretern des Bundesministeriums und den Vertretern des Ministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit konnten mich nicht befriedigen.

Unsere Fraktion bedauert, daß in den Verhandlungen mit der BRD erneut eine Chance vertan wurde, einen neuen konstruktiven Ansatz für die Zusammenarbeit des vereinten Deutschland mit der Dritten Welt im Einigungsvertrag festzuschreiben, das um so mehr, wenn wir an die eingangs genannten mahnenden Worte des Ministerpräsidenten denken.

Zum Schluß nur ein ganz persönliches Wort, ich denke, daß man mir das hier erlauben kann, denn ich war zwei Jahre als Kinderärztin in Nicaragua, und unter meinen Händen sind viele Kinder dort verhungert: Ich würde unseren Politikern und Vertretern der Wirtschaft empfehlen, ein halbes Jahr unter den Bedingungen eines Entwicklungslandes - der einheimischen ar-